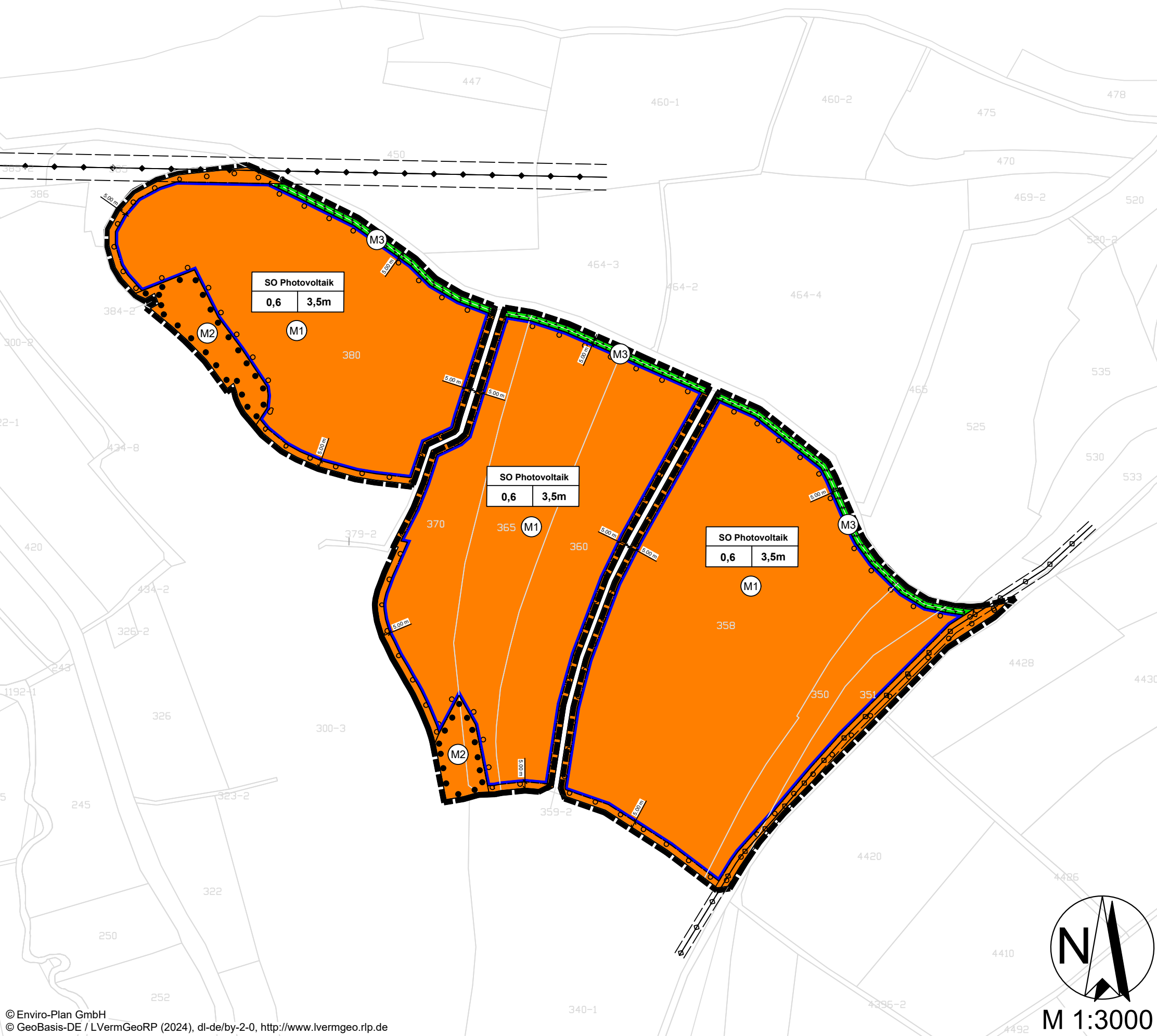


# Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Solarpark Dielkirchen"



## Textliche Festsetzungen

<b>Planungsrechtliche Festsetzungen</b> <b>Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 11 BauNVO)</b> <b>Allgemeine Zweckbestimmung</b> Gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO wird ein sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik“ festgesetzt. Zulässig sind ausschließlich Anlagen die der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Sonnenenergie durch Photovoltaik dienen.  <b>Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 16 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 4, § 16 und 19 BauNVO)</b>  Als Maß der baulichen Nutzung wird gemäß § 16 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO eine Grundflächenzahl von 0,6 sowie gemäß § 16 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO eine Höhe der baulichen Anlagen von 3,5 m als Höchstmaß festgesetzt. Die Mindesthöhe der Modulunterkante beträgt 0,8 m. Der Bezugspunkt ist jeweils das anstehende Gelände.  <b>Überbaubare Grundstücksfläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und § 23 BauNVO)</b>  Die durch die Baugrenze definierte überbaubare Grundstücksfläche gilt für die Photovoltaikmodule sowie die Traf- bzw. Wechselrichterstationen. Die Umzäunung und notwendige Erschließungswege können auch außerhalb der Baugrenze errichtet werden, solange ggf. vorhandene Abstandsvorgaben zu benachbarten Nutzungen eingehalten werden. Das Nachbarrechtsgesetz Rheinland-Pfalz ist zu beachten.  <b>Beschränkung des Zeitraumes der Nutzung (§ 9 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 und S. 2 BauGB)</b>  Das gemäß § 11 BauNVO festgesetzte Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik“ wird auf einen Zeitraum von maximal 30 Jahren ab Inbetriebnahme der Photovoltaikanlage beschränkt. Der vollständige Rückbau der Anlage ist nach Ablauf des Zeitraumes sicherzustellen. Als Folgenutzung werden für den gesamten Geltungsbereich „Flächen für die Landwirtschaft“ gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 18 a BauGB festgesetzt.  <b>Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)</b> <b>Erschließungswege:</b> <ul style="list-style-type: none"><li>Anlage von Erschließungsanlagen (Wege, Wendeflächen, etc.) als Schotterstraßen mit wasserdurchlässigem Belag.</li></ul> <b>Insektenfreundliche Beleuchtung:</b> <ul style="list-style-type: none"><li>Zum Schutz nachtaktiver Insekten und Verringerung der Anlockwirkung und Lichtmitationen sind für eine evtl. erforderliche Straßen-, Wege- und Außenbeleuchtung insektenfreundliche Leuchtmittel mit geringem UV-Anteil (z.B. LED-Lampen: Lichttemperatur max. 4.100 K) zu verwenden. Zudem sind zur nur solche Lampen zu verwenden, die eine Lichtabstrahlung nach oben verhindern (keine Kugelleuchten, o.Ä.). Es sind möglichst Bewegungsmelder zu verwenden, um eine Dauerbeleuchtung zu vermeiden.</li></ul> <b>Vergrümrungs- bzw. Kontrollmaßnahmen (Feldlerche)</b> <b>Bauzeitenbeschränkung/Unnatraktivgestaltung für Bodenbrüter:</b> <ul style="list-style-type: none"><li>Falls Bautätigkeiten zwischen 01. April und 31. Juli stattfinden sollen oder bei Fortführung von Baumaßnahmen nach längeren Pausen in diesem Zeitraum, müssen die Eingriffflächen in diesem Bereich zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände von Beginn der Brutfähigkeit (ab 15. März) und bis zum Baubeginn unnatürlich gestaltet werden, um so ein Anzielen und eine Brut von Bodenbrütern und insbesondere der Feldlerche zu vermeiden. Die Vergrümrung erfolgt durch regelmäßiges Grubben der Fläche (alle 7-14 Tage). Der Erfolg der Vergrümrung ist durch eine ökologische Baubegleitung zu überprüfen.</li><li>In den Zeiträumen 15. März bis 31. März sowie 01. August bis 31. August sind Bautätigkeiten nach vorheriger Besatzkontrolle durch eine versierte Fachkraft auch ohne vorherige Unnatraktivgestaltung möglich, sofern keine bodenbrütenden Vogelarten nachgewiesen wurden.</li></ul>
---

<b>Heckenpflanzung zur Eingrünung</b> <b>Anlage eine zweireihigen Hecke (M 3):</b>  Der nördliche Gebietsrand ist innerhalb der gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB festgesetzten Fläche durch eine 1 reihige und Baum- und Strauchhecke einzurünnen. Dabei sind ausschließlich gebietsheimische Gehölze (Vorkommensgebiet 4 gemäß BMU, 2012) in einer größtmöglichen Vielfalt gemäß der nachfolgenden Artenliste zu verwenden. Die Gehölze sind in einem Abstand von 2,50 m zu pflanzen, dauerhaft zu erhalten und bei Abgang gleichwertig zu ersetzen. Das Landesnachbarrechtsgesetz (LNRG) ist zu beachten. Mit Ausnahme des Heckenabschnittes auf der Parzelle 380, der eine Ergänzung der bestehenden Hecke darstellt, ist das regelmäßige Zurückschneiden der Gehölze zulässig. Ein zu hoher Wuchs und damit eine deutliche Kulissenwirkung der Gehölze soll vermieden werden. Ziel ist die Begrünung des Zauns.  <b>Flächen für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)</b> <b>Entwicklung von Grünland mit extensiver Pflege (M 1):</b> <ul style="list-style-type: none"><li>Die Fläche unterhalb und zwischen den Solarmodulen ist als Grünland zu erhalten bzw. zu entwickeln. Die Neuanlage kann mittels Heumulchaustrass mit Mahdgrut von den benachbarten Grünlandflächen, oder aber mittels zertifiziertem gebiets eigenem standortangepasstem Regiostrassgut aus dem Produktionsraum erfolgen. Dabei ist artreiches, gebietsheimisches Saatgut der Herkunftsregion Nr. 9 (Oberhangraben mit Saarpfalzer-Bergland) zu verwenden. Das Grünland ist dauerhaft während des Anlagenbetriebs durch Beweidung (bspw. mittels Schafen; ganzjährig oder zeitweise) und/oder Mahd extensiv zu pflegen. Aufgrund des Vorkommens bodenbrütender Vogelarten (Feldlerche) sind die folgenden Pflegevorgaben in Bezug auf die Feldlerche zu beachten.<ul style="list-style-type: none"><li>Erste Mahd gegen Ende Mai/ Anfang Juni, zweite Mahd frühestens Mitte Juli, das Mahdgrut zwischen den Modulreihen und in den Randbereichen ist abzutransportieren. Unter den Modulen ist auch eine Mulchmahd zulässig.</li><li>Mahd in Etappen, sodass 10-15% pro Durchgang als „Altgrasstreifen“ bestehen bleiben.</li><li>Schnitthöhe mindestens 10cm, besser 14cm. • Alternativ zur Mahd zwei Beweidungsdurchgänge, ebenfalls mit Belassung von Altgrasstreifen (mindestens 10-15%).</li><li>Innerhalb des Schutzstreifens der 20-kV-Mittelspannungsfreileitung ist die Anpflanzung von Bäumen nicht zulässig. Die Anpflanzung von niedrig wachsenden Sträuchern und Gehölze innerhalb des Schutzstreifens ist grundsätzlich zulässig.</li></ul></li></ul>
<b>Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern (§ 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB)</b> <b>Erhalt von Gehölzbeständen (M 2):</b> <ul style="list-style-type: none"><li>Die innerhalb des Plangebietes vorhandenen Gehölzbestände sind gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25b zum Erhalt festgesetzt. Erhaltungs- und Pflegemaßnahmen sind zulässig.</li></ul> <b>Zuordnungsfestsetzung (§ 9 Abs. 1a BauGB i.V.m. § 1a Abs. 3 BauGB)</b>  Die nach § 9 Abs. 1 Nr. 15 und 25a BauGB festgesetzten Maßnahmen M1 bis M3 (vgl. Umweltbericht) werden dem Eingriff durch das Bauvorhaben zu 100 % als Ausgleich zugeordnet.  <b>Restriktion aufgrund bestehender 20-kV-Mittelspannungsfreileitung</b>  Im Schutzstreifen der 20-kV-Freileitung ist keine bauliche Nutzung für Solarmodule und ihren Nebenanlagen möglich.

## Legende

Planungsrechtliche Festsetzungen nach Planz V90

Art der baulichen Nutzung

§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 11 BauNVO

SO

sonstiges Sondergebiet Zweckbestimmung Photovoltaik

Maß der baulichen Nutzung

§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO

0,6

Grundflächenzahl

3,5 m

Maximale Höhe baulicher Angaben

Nutzungsschablone

Sonstiges Sondergebiet Photovoltaik

GRZ

Max. Höhe

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO

Baugrenze

Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft

Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft

§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB

Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB

Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern, und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern

§ 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB

Nummerierung der Maßnahmen

(M2)

Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans

Nachrichtliche Übernahme:

§ 9 Abs. 4 BauGB

20-kV-Freileitung mit jeweils 10 m beidseitigem Schutzstreifen

Wasserleitung mit jeweils 4 m beidseitigem Schutzstreifen

## Rechtsgrundlagen

- Baugesetzbuch (BauGB)** neugefasst durch Beschluss vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. I Nr. 394)
- Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung - BauNVO)** neugefasst durch Beschluss vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 03. Juli 2023 (BGBl. I Nr. 176)
- Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung - PlanZV)** in der Fassung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802)
- Landesbauplanordnung Rheinland-Pfalz (LBAuO)** in der Fassung vom 24. November 1998 (GBl. 1998, S. 365), zuletzt geändert durch Gesetz vom 07. Dezember 2022 (GVBl. S. 403)
- Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO)** in der Fassung vom 31. Januar 1994 (GVBl. 1994 S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24. Mai 2023 (GVBl. S. 133)
- Raumordnungsgesetz (ROG)** in der Fassung vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2866), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88)
- Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG)** in der Fassung vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306)
- Landesbodenschutzgesetz Rheinland-Pfalz (LBodSchG)** in der Fassung vom 25. Juli 2005 (GVBl. 2005 S. 302), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 26. Juni 2020 (GVBl. S. 287)
- Bundes-immissionsschutzgesetz (BImSchG)** neugefasst durch Beschluss vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 03. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 225)
- Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)** in der Fassung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 03. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 225)
- Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG)** in der Fassung vom 6. Oktober 2015 (GVBl. 2015 S. 283), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 26. Juni 2020 (GVBl. S. 287)
- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)** neugefasst durch Beschluss vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 08. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 151)
- Bundesfernstraßengesetz (FStrG)** neugefasst durch Beschluss vom 28. Juni 2007 (BGBl. I S. 1206), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409)
- Landesstraßengesetz (LStrG)** in der Fassung vom 1. August 1977 (GVBl. 1977 S. 273, zuletzt geändert durch § 84 des Gesetzes vom 07. Dezember 2022 (GVBl. S. 413)
- Wasserhaushaltsgesetz (WHG)** in der Fassung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409)
- Landeswassergesetz Rheinland-Pfalz (LWG)** in der Fassung vom 14. Juli 2015 (GVBl. 2015 S. 127), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 08. April 2022 (GVBl. S. 118)
- Denkmalschutzgesetz Rheinland-Pfalz (DSchG)** in der Fassung vom 23. März 1978 (GVBl. 1978 S. 159), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28. September 2021 (GVBl. S. 543)
- Landesnachbarrechtsgesetz Rheinland-Pfalz (LNRG)** in der Fassung vom 15. Juni 1970 (GVBl. 1970 S. 198), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Juli 2003 (GVBl. S. 209)

## Hinweise

<b>Geologie und Bergbau</b>  Das Landesamt für Geologie und Bergbau weist darauf hin, dass die Unterlagen zu den Bergbauberechtigung „Humboldt“ unvollständig sind.  Bitte beachten Sie in diesem Zusammenhang, dass die Unterlagen keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, da grundsätzlich die Möglichkeit besteht, dass nicht dokumentierter historischer Bergbau stattgefunden haben kann. Unterlagen im Laufe der Zeit nicht überliefert wurden bzw. durch Brände oder Kriege verloren gingen.  Sollten Sie bei dem geplanten Vorhaben auf Indizien für Bergbau stoßen, empfehlen wir spätestens dann die Einbeziehung eines Baugrundberaters bzw. Geotechnikers zu einer objektiven Baugrunduntersuchung. Nach den geologischen Informationen stehen im Bereich des Planungsgeländes voraussichtlich oberflächennah Sedimentgesteine des Rotliegend an. Diese setzen sich vorwiegend aus der Wechselfolge von Ton-, Silt- und Sandsteinen zusammen. Weiter können bereichsweise vulkanische Einschaltungen vorkommen. Insbesondere die Ton- und Schluffsteine sind für ihre Rutschungs- und Wasserempfindlichkeit bekannt.  Für Flächen, auf denen Massenbewegungen (Bsp. Rutschungen) oder Setzungen/Verbrüche etc. an der Erdoberfläche (Bsp. Tagessbrüche) aufgetreten können, kann sich ein Bezug zum Bodenschutzrecht entwickeln. Sie sind u. U. als Verdachtsflächen gem. § 2 Abs. 4 BBodSchG zu bezeichnen. Ggf. können sich aus Veränderungen an der Erdoberfläche Schädliche Bodenveränderungen gem. § 2 Abs. 3 BBodSchG entwickeln.  Aufgrund der genannten Gegebenheiten empfehlen wir dringend die Prüfung der Hangstabilität. Die einschlägigen DIN-Normen, wie z.B. DIN 1054 und DIN 4020 und DIN EN 1997-1 und -2, sind zu beachten. Bei allen Bodenarbeiten sind die Vorgaben der DIN 19731 und der DIN 18915 zu berücksichtigen.  <b>Telekom</b>  In den angrenzenden Wirtschaftswegen im Südosten befinden sich Leitungen der Telekom.  Bei Konkretisierung der Planung ist eine Planauskunft und Einweisung von der zentralen Stelle der Telekom einzuholen:  Deutsche Telekom Technik GmbH Zentrale Planauskunft Südwest Chemnitz Str. 2 67433 Neustadt a. d. Weinstr. E-Mail: planauskunft.suedwest@telekom.de  Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten.  Sollte der weitere Verfahrensverlauf ergeben, dass Belange der Telekom z.B. das Eigentum der Telekom, die ungestörte Nutzung ihres Netzes sowie ihre Vermögensinteressen konkret berührt sind, behalten wir uns vor, unsere Interessen wahrzunehmen und entsprechend auf das Verfahren einzuwirken.
---

<b>Landesarchäologie</b>  Die ausführenden Baufirmen sind eindringlich auf die Bestimmungen des Denkmalschutzgesetzes (DSchG) vom 23.3.1978 (GVBl. 1978, S. 159) und Gesetz vom 26.11.2008 (GVBl. 2008, S. 301) sowie durch Art. 3 des Gesetzes vom 03.12.2014 (GVBl. S. 245) hinzuweisen. Danach ist jeder zutage kommende, archäologische Fund unverzüglich zu melden, die Fundstelle soweit als möglich unverändert zu lassen und die Gegenstände sorgfältig gegen Verlust zu sichern.  Absatz 1 entbindet Bauträger/Bauherr bzw. entsprechende Abteilungen der Verwaltung jedoch nicht von der Meldepflicht und Haftung gegenüber der GDKE.  Sollten wirklich archäologische Objekte angetroffen werden, so ist der Direktion Landesarchäologie ein angemessener Zeitraum einzuräumen, damit wir unsere Rettungsgrabungen, in Absprache mit den ausführenden Firmen, planmäßig den Anforderungen der heutigen archäologischen Forschung entsprechend durchführen können. Im Einzelfall ist mit Bauverzögerung zu rechnen. Je nach Umfang der evtl. notwendigen Grabungen sind von Seiten der Bauherren/Bauträger finanzielle Beiträge für die Maßnahmen erforderlich.  Außerdem wird darauf hingewiesen, dass sich im Planungsgebiet bisher nicht bekannte Kleindenkmäler (wie Grenzsteine) befinden können. Diese sind selbstverständlich zu berücksichtigen bzw. dürfen von Planierungen o. ä. nicht berührt oder von ihrem angestammten, historischen Standort entfernt werden.  Im Vorhabengebiet sind befindliche Schächte (Pern, Rotliegend) bekannt. Relevant sind dabei die Bauarbeiten zum Kabelgraben, Wegbau und den Betriebsgebäuden, wofür der GDKE Landesarchäologie Erdgeschichtliche Denkmalpflege Ausführungspläne vorzulegen sind.  Der Beginn jeglicher Erdarbeiten ist der GDKE Landesarchäologie Erdgeschichtliche Denkmalpflege rechtzeitig (mindestens vier Wochen vorher) anzuzeigen. Eine Beeinträchtigung der laufenden Arbeiten im Rahmen der Aufgaben der GDKE ist im Allgemeinen nicht zu erwarten. Evtl. größere Bergungen werden zeitnah mit dem ausführenden Erdbauunternehmen abgesprochen. Etwas zu Tage kommende Fossilfunde etc. unterliegen gemäß §§ 16-21 des Denkmalschutzgesetzes Rheinland-Pfalz der Meldepflicht an die Generaldirektion Kulturelles Erbe (GDKE), Direktion Landesarchäologie. <b>Erdgeschichtliche Denkmalpflege</b> , Niederberger Höhe 1, 56077 Koblenz, 0261-6675-3033, <a href="mailto:erdgeschichte@gdke.rlp.de">erdgeschichte@gdke.rlp.de</a>
--

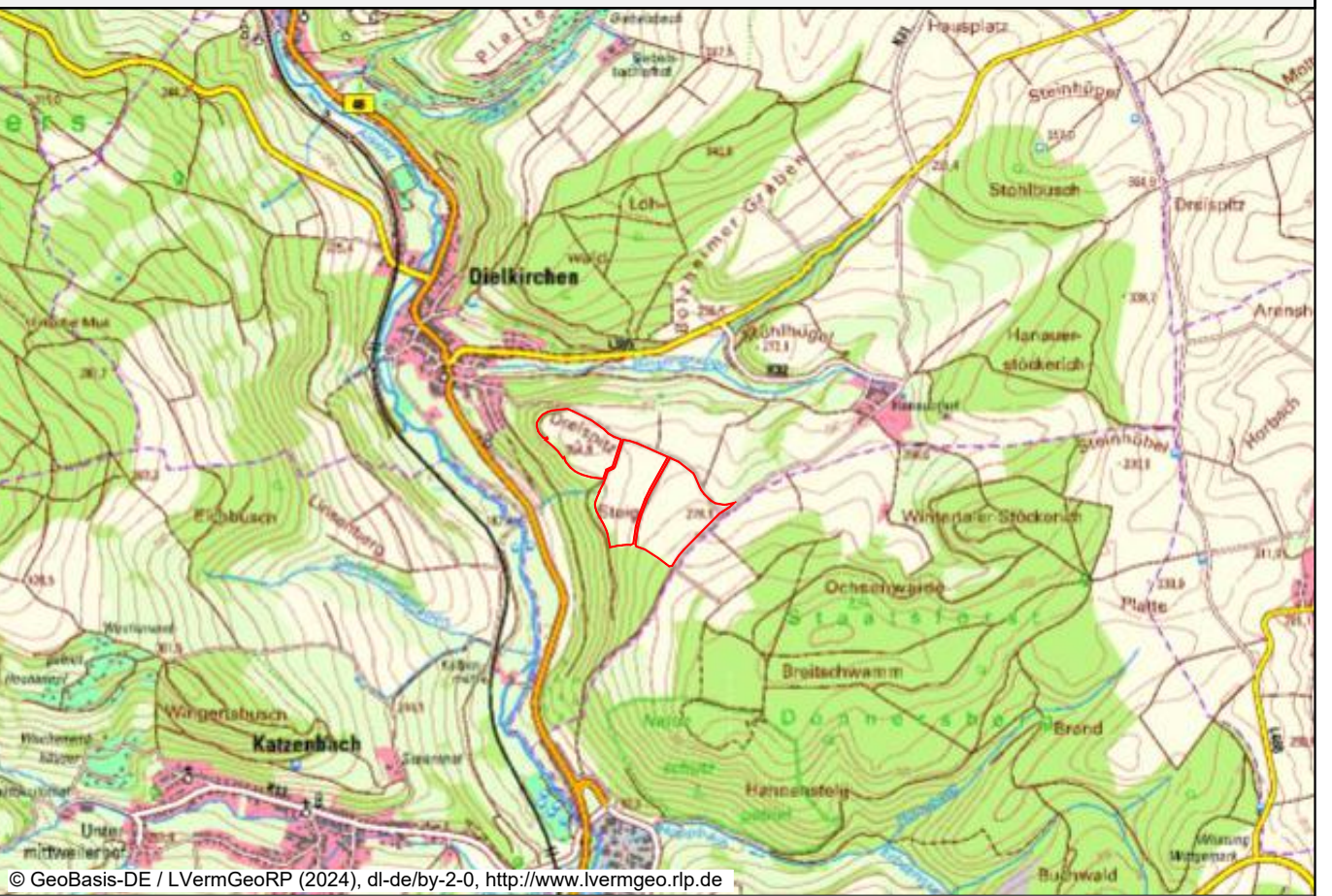
## Hinweise

Die finanzielle Beteiligung des Vorhabenträgers an den notwendigen Maßnahmen der Denkmalfachbehörde richtet sich nach dem Denkmalschutzgesetz (§ 21 Abs. 3) und der zugehörigen VV und ist mindestens <b>drei Monate</b> vor dem geplanten Start der Erdarbeiten mit der GDKE abzustimmen.  <b>Erschließung</b>  Der Landesbetrieb Mobilität weist darauf hin, dass bezüglich der eventuell über klassifizierte Straßen und anschließende Wirtschaftswege geplanten Baustellenzufahrt sowie der dauerhaften Erschließung der Freiflächenphotovoltaikanlagen und der jeweils damit verbundenen gegebenenfalls erforderlichen Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis der Vorhabenträger rechtzeitig vor Baubeginn (mindestens 6 Wochen) einen entsprechenden Antrag ans den LBM Worms zu richten hat.  Rechtzeitig vor Anlegung von Zufahrten ist die Straßenmeisterei Rockenhausen (Telefonnummer: 06361/9214-0) zu informieren.  Für Vorhaben, die sich im räumlichen Geltungsbereich der Satzung befinden, im Zusammenhang mit verkehrsrechtlichen Sicherungsmaßnahmen, Beschilderungen, etc., ist rechtzeitig Kontakt mit der Verbandsgemeindeverwaltung Nordpfälzer Land aufzunehmen.  <b>Stromversorgung</b>  Innerhalb (bzw. im Randbereich) des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (Plangebiet) ist derzeit die nachstehend aufgeführte Versorgungseinrichtung der Pfalzwerke Netz AG als Bestand zu berücksichtigen:  20-kV-Mittelspannungsfreileitung, Pos. 036-07  Leitungsabschnitt Mast Nr. 703911 Mast Nr. 703913  Zur Information über den Bestand der o. g. Versorgungseinrichtung haben wurde als Anlage ein aktueller Planauszug unserer Bestandsdokumentation beigefügt.  Bereits an dieser Stelle wird aber ausdrücklich auf folgenden Sachverhalt hingewiesen:  Diese Auskunft darf nur für Planungszwecke verwendet werden.  Vor Baubeginn muss daher unbedingt eine aktuelle Planauskunft über die Online Planauskunft der Pfalzwerke Netz AG eingeholt werden, die auf der Website der Pfalzwerke Netz AG <a href="https://www.pfalzwerke-netz.de/service/kundenservice/online-planauskunft">https://www.pfalzwerke-netz.de/service/kundenservice/online-planauskunft</a> - zur Verfügung steht.  Weiterführende Hinweise aus der Stellungnahme der Pfalzwerke Netz AG vom 25.06.2021:  <ul style="list-style-type: none"><li>Die Pfalzwerke Netz AG übernimmt keine Haftung für jegliche Schäden an der PV-Freiflächenanlage, die sich aus dem Bau, dem Vorhandensein, dem Betrieb und der Unterhaltung der betroffenen Freileitung ergeben können, sofern der Schadeintritt nicht auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Schädigungshandlung der Mitarbeiter der Pfalzwerke Netz AG beruht.</li><li>Der Bauherr/Antragsteller/Betreiber der PV-Freiflächenanlage wird die Pfalzwerke Netz AG insoweit auch von allen Schadensersatz- und Entschädigungsansprüchen auch von Ansprüchen Dritter freistellen.</li><li>Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass bei ungünstigen Witterungsverhältnissen von den Leiterseilen einer Freileitung Eisbrocken und Schneematschkumpen abfallen können. Des Weiteren muss unter Umständen mit Vogeletz gerechnet werden. Für etwaige daraus entstehende direkte und indirekte Schäden wird von der Pfalzwerke Netz AG keine Haftung übernommen.</li><li>Ferner ist es möglich, dass es durch eine Freileitung zu Verschattung von PV-Freiflächenanlagen kommt. Wir empfehlen dem Bauherrn/Antragsteller/Betreiber diesen Aspekt bei der Erstellung der projektspezifischen Ertragsgutachten zu berücksichtigen. Etwasige Ertragsminderung durch das Vorhandensein der Freileitung gehen zu 100% zu Lasten des Bauherrn/Antragstellers/Betreibers. Die Pfalzwerke Netz AG übernimmt in diesem Zusammenhang keinerlei Entschädigungszahlungen für geminderte Erträge.</li><li>Darüber hinaus haftet der PVA-Betreiber für alle Schäden am Eigentum der Pfalzwerke Netz AG, die im Zusammenhang mit dem Bau, dem Betrieb, der Wartung/Instandsetzung und dem späteren Rückbau der PVA entstehen, nach Maßgabe der geltenden gesetzlichen Bestimmungen.</li></ul> Hierzu wird der Abschluss einer privatrechtlichen Vereinbarung erforderlich.  <ul style="list-style-type: none"><li>Die in der sechsundzwanzigsten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (26. BImSchV) enthaltenen Anforderungen, zum Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen und zur Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch elektrische, magnetische und elektromagnetische Felder, werden derzeit beim Betrieb durch unsere Freileitung (Niederfrequenzanlage) eingehalten. Sollten jedoch durch das Bauvorhaben diese Anforderungen nicht mehr eingehalten werden können und muss unsere Anlage geändert werden, gehen die hierdurch entstehenden Kosten vollständig zu Lasten des Bauherrn/Antragstellers/Betreibers.</li><li>Ob eine Beeinträchtigung der Photovoltaik-Freiflächenanlage durch die elektrischen und magnetischen Felder der Hochspannungsfreileitung möglich ist, kann von unserer Seite nicht beurteilt werden. Hier empfehlen wir dem Bauherrn/Antragsteller/Betreiber sich im Vorfeld mit dem Hersteller der Anlage in Verbindung zu setzen.</li><li>Um elektrische Aufladungen zu vermeiden, sind alle an der PV-Freiflächenanlage befindlichen metallenen Objekte in einen umfassenden Potentialausgleich entsprechend DIN VDE 0100 Teil 410/540 und DIN VDE 0185 (vgl. auch ENV 61024-1) einzubeziehen. Anfallende Kosten für notwendige Schutzmaßnahmen gehen zu Lasten des Bauherrn/Antragstellers/Betreibers.</li></ul> Wir gehen davon aus, dass die komplette Trägerkonstruktion einschl. Rahmen etc. in einen umfassenden Potentialausgleich wie oben erläutert einbezogen und ausreichend geerdet werden.  <ul style="list-style-type: none"><li>Kosten für durch das Vorhaben bedingte Schutzmaßnahmen an der Versorgungseinrichtung (z.B. Sicherheitsüberwachung bei der Durchführung von Arbeiten im Bereich der Leitung, Abschaltung der Leitung, Erfordernis zum Einsatz von Notstromaggregaten) sind vollständig vom Bauherrn/Antragsteller/Betreiber zu übernehmen.</li></ul> <b>Starkregengefährdung</b>  Laut Stellungnahme der Struktur und Genehmigungsdirektion Süd vom 23.06.2021 liegt für die Verbandsgemeinde Nordpfälzer-Land die Gefährdungsanalyse mit ausgewiesenen Sturzflutenentstehungsgebieten des Landesamts für Umwelt (LfU) vor (Hochwassereinfarmpot, Karte 5); diese sollte entsprechend berücksichtigt werden.  Zudem müssen die tatsächlichen Abflussverhältnisse vor Ort näher betrachtet werden, da sie ggf. durch verschiedene Faktoren beeinflusst werden und von den Darstellungen in den Starkregengefährdungskarten abweichen können.  In Karte 5 werden innerhalb des Plangebiets Entstehungsgebiete von Sturzfluten nach Starkregen mit bis zu sehr hohen Abflusskonzentrationen dargestellt.  Es sollte geprüft werden, ob eine Gefährdung für geplante Anlagen entstehen kann und ob ggf. Maßnahmen (z.B. zum Schutz der Transformatorstationen) ergriffen werden sollte.  <b>Biodiversität</b>  Es wird auf den „Leitfaden für naturverträgliche und biodiversitätsfreundliche Solarparks“ (Hietel et. al.) hingewiesen, welcher ein vielfältiges Angebotsspektrum an Nähr- und Nistgehölzen für Vögel und Insekten gewährleistet.  <b>Naturschutzfachlicher Ausgleich</b>  Die Ausgleichsfläche ist in das „KSP (KomOn Service Portal)“, die webbasierte Fachanwendung zur Führung des Kompensationsverzeichnisses Rheinland-Pfalz, einzutragen.  <b>Maßnahmen zur Überwachung / Monitoring</b>  Zur Überprüfung bzw. Überwachung der festgesetzten Maßnahmen wird eine ökologische Baubegleitung empfohlen. Diese soll außerdem die <b>bodenkundliche Baubegleitung nach DIN 19439</b> Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben“ zur Vermeidung langfristiger oder irreversibler Beeinträchtigungen der natürlichen Bodenfunktionen wahrnehmen.  Weiterhin sollte die vorgesehene Entwicklung des Grünlands überprüft werden. Für eine Überprüfung der Artenzusammensetzung empfiehlt sich der Zeitraum zwischen dem 3. bis 5. Jahr nach deren Herstellung, um gegebenenfalls den Pflanztyp anzupassen.  Weiterhin ist durch eine Brutvogel-Revierkartierungen nach Südbek et al. (2005) vom 2. bis inklusive dem 4. Jahr nach Bau der Anlage zu überprüfen, ob die in der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung getroffenen Prognosen eingetreten sind. Sollten dabei nicht absehbare Beeinträchtigungen zeigen, sind zusätzliche Ausgleichsmaßnahmen erforderlich.
---

## Verfahrensvermerke

<b>1. Aufstellungsbeschluss</b>  Der Gemeinderat der Ortsgemeinde Dielkirchen hat in öffentlicher Sitzung am 13. Oktober 2020 die Aufstellung dieses vorhabenbezogenen Bebauungsplanes gemäß §2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 12 BauGB beschlossen. <b>2. Ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses</b>  Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gemäß § 2 Abs. 1 BauGB erfolgte am 07.05.2021 durch Veröffentlichung im Amtsblatt der Verbandsgemeinde Nordpfälzer Land, ____ Woche. <b>3. Frühzeitige Beteiligung der Behörden</b>  Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB erfolgte mit Schreiben vom 07. Mai 2021 bis einschließlich 28. Juni 2021. <b>4. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit</b>  Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte durch Auslegung des Vorentwurfs zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan vom 17. Mai 2021 bis einschließlich 28. Juni 2021. Die Bekanntmachung erfolgte im Amtsblatt der Verbandsgemeinde Nordpfälzer Land, ____ Woche, am 07.05.2021. <b>5. Prüfung der Anregungen</b>  Der Gemeinderat der Ortsgemeinde Dielkirchen hat die fristgemäß eingegangenen Anregungen gemäß § 3 Abs. 1 sowie § 4 Abs. 1 BauGB in öffentlicher Sitzung am 23. November 2021 behandelt. <b>6. Beschluss über den Planentwurf</b>  Der Gemeinderat der Ortsgemeinde Dielkirchen hat in öffentlicher Sitzung am 23. November 2021 den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Solarpark Dielkirchen“ gebilligt und die Durchführung der Beteiligungen gem. § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB beschlossen. <b>7. Beteiligung der Behörden</b>  Das Verfahren zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB erfolgte mit Schreiben vom 18. April 2024 bis einschließlich 10. Juni 2024. <b>8. Auslegung des Planentwurfs</b>  Der Planentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes mit der Begründung sowie den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen lag gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 29. April 2024 bis einschließlich 10. Juni 2024 aus. Die öffentliche Bekanntmachung der Auslegung erfolgte im Amtsblatt der Verbandsgemeinde Nordpfälzer Land, ____ Woche, am 19.04.2024. <b>9. Prüfung der Anregungen</b>  Der Gemeinderat der Ortsgemeinde Dielkirchen hat die fristgemäß eingegangenen Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie § 4 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am ____ 2024 behandelt. <b>10. Beschluss des Bebauungsplanes</b>  Aufgrund der §§ 1 bis 4 und 8 bis 10 BauGB hat der Gemeinderat der Ortsgemeinde Dielkirchen den vorhabenbezogenen Bebauungsplan sowie die gestalterischen Festsetzungen (örtliche Bauvorschriften) gemäß § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 88 LBAuO in seiner Sitzung am ____ 2024 als Satzung beschlossen. <b>11. Ausfertigung</b>  Der vorhabenbezogene Bebauungsplan bestehend aus Planurkunde, den textlichen Festsetzungen und der Begründung wird hiermit gem. § 10 BauGB ausfertigt. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan stimmt in allen seinen Bestandteilen mit dem Willen des Gemeinderates überein.
Dielkirchen, den .....  Karin Cramme-Renner Ortsbürgermeisterin (Dienstsiegel)
<b>12. Bekanntmachung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes</b>  Der vorhabenbezogene Bebauungsplan ist nach § 10 BauGB am ____ im Amtsblatt der Verbandsgemeinde Nordpfälzer Land, ____ Woche, bekanntgemacht worden. Mit dieser Bekanntmachung ist der vorhabenbezogene Bebauungsplan in Kraft getreten.
Dielkirchen, den .....  Karin Cramme-Renner Ortsbürgermeisterin (Dienstsiegel)

## Übersichtskarte



© GeoBasis-DE / LVermGeoRP (2024), d-deby-2-0, <http://www.lvermgeo.rlp.de>



<b>Bearbeitet:</b> lgr	<b>Zeichnung:</b> dfo	<b>Maßstab:</b> 1:3000 / A1	<b>Blatt:</b> 1	<b>Datum:</b> 02.08.2024
				Enviro-Plan GmbH Hauptstraße 34, 55571 Odenheim Tel: 06755 2008-0, Fax: -750 E-Mail: <a href="mailto:info@enviro-plan.de">info@enviro-plan.de</a> Internet: <a href="http://www.enviro-plan.de">www.enviro-plan.de</a>